

spezial 29

von: Rolf Gössner, Conrad Schuhler, 29.11.2016

Die Frage des Terrors wird von zwei Autoren und von zwei Seiten angegangen. Rolf Gössner arbeitet in seinem Beitrag „Angst- statt Sicherheitspolitik“ heraus, dass die politischen Eliten dabei sind, eine staatliche Aufrüstung nach innen und außen zu betreiben, für die sie im „Terrorismus“ die passenden Feindbilder und Sündenböcke finden. Seit 9/11, dem Angriff auf die Twin Towers in New York, sind dies „islamistische Extremisten“ und der „internationale Terrorismus“, was in der Medienöffentlichkeit schlicht mit dem „Islam“, mit Muslimen und Migration gleichgesetzt wird. Das Horrorbild dient als Legitimation für weitere Grundrechtseingriffe und Rüstungsmaßnahmen.

Für diese staatliche Aufrüstung zahlt unsere Gesellschaft einen hohen Preis: die westlichen Werte, die angeblich geschützt werden sollen – Demokratie, Rechtsstaat, Bürgerrechte, Freiheit, Offenheit, Rechtssicherheit – werden eben durch die „Schutzmaßnahmen“ aufs Schwerste beschädigt.

Statt dieser Aufrüstungs- und Kriegspolitik fordert der Autor eine wirkliche Ursachenbekämpfung des Terrors. Es geht um die Schaffung einer friedlichen Welt und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, fairer Integration, um humane Flüchtlingspolitik und konsequente Umwelt- und Friedenspolitik. Den Terror zu überwinden, verlangt mithin einen grundlegenden gesellschaftlichen Kurswechsel, der nicht anders durchzusetzen sein wird als im Kampf gegen diejenigen, die aus der aktuellen Situation von Ungerechtigkeit und Ungleichheit ihren hohen Profit ziehen.

Conrad Schuhler nimmt diese Verantwortlichen ins Visier in seinem Beitrag „Der Terror und die Verantwortung des Westens“. Die Quellen des Terrorismus – Kriege und soziales Elend – sind Ergebnis der vom Westen betriebenen Globalisierung, in die mittlerweile „Schwellenländer“ wie China einbezogen sind. In Europa findet der Terror in der zweiten Generation der Migranten, die in ihren neuen Ländern diskriminiert, arm und ohne Perspektive sind, Zuspruch.

Der Islam, der politische Islam, bietet den Jugendlichen in ihren Ursprungswie in den neuen Ländern einen in ihren Augen legitimen und würdigen Rahmen für einen „revolutionären Kampf“. Der islamistische Terror entspricht jedoch keineswegs den Voraussetzungen linker Parteinahme für revolutionären Kampf. Zu diesen zählt unter anderen, dass die unterdrückende Gewalt nicht durch politische Aktionen beseitigt werden kann und dass niemand Unbeteiligter zu Schaden kommt. Eben darauf aber kommt es dem islamistischen Terror an, um auf diese Art die Spirale der Gewalt weiter anzutreiben.

Der Autor kommentiert das Thema: Die Linke, der Terror und die innere Sicherheit. Die innere und äußere Sicherheit und Angstfreiheit seien zentrale Teile der sozialen

Frage. Die subalternen Schichten seien besonders stark von sozialer und ziviler Unsicherheit betroffen. Deshalb gehöre zum Ausbau des Sozialstaates auch der Ausbau der Polizei - die aber endlich demokratisch organisiert und kontrolliert werden müsse.